

Berliner Finanzbrief.

Berlin, 17. Jänner.

Der deutsche, gleichwie der österreichische Steuerfursatz, sie beide haben bewiesen, wie ungebrochen die wirtschaftliche Kraft der Mittelmächte ist. Die im wesentlichen geschlossene Wirtschaft, im Frieden ein Urding, erweist sich im Kriege als eine schier unerschöpfliche Quelle von Energie. Die immer allgemeiner werdende Einstellung des gewerblichen Lebens auf die Kriegsbedürfnisse befruchtet fast alle Geschäftszweige; das Geld rollt rascher als in normalen Zeiten, weil es jetzt nur einen großen Auftraggeber, den Staat, gibt, der seine Bezüge schnell begleicht. Die glänzenden Kriegsanleiherfolge erleichtern ihm dies, wie sie ihrerseits wiederum nicht ohne jenes Gedeihen der gesamten Volkswirtschaft möglich wären. Die Befriedigung des Kriegsbedarfs ist das oberste Gesetz; es bestimmt und regelt alles, und so wird eine Einheitsfront erzielt, die viele Hemmungen, welche wir im Frieden als Selbstverständlichkeiten betrachteten, hinwegräumt. Was der Krieg auf der einen Seite durch die Unterbindung des Außenhandels schadet, nützt er auf der anderen durch die erzwungene strenge Konzentration aller Kräfte. Die letztere erstreckt sich zum Heile des Ganzen ja auch auf das finanzielle Gebiet. Im Frieden wanderten alljährlich Riesentkapitalien nach der Fremde aus, um dort das Glück zu ergagen; heute bleibt das neu sich bildende Kapital daheim und dient der Kriegswirtschaft und -Finanzierung. Was mit solcher Kraftanstrengung zu erreichen ist, bezeugen die 47 Milliarden Mark, die das Deutsche Reich in den ersten zweieinhalb Jahren des Krieges aufgebracht hat, bezeugt das vorzügliche Ergebnis der neuen österreichischen und ungarischen Anleihen, das die Gesamtleistung der Monarchie auf 26½ bis 27 Milliarden Kronen Kriegsanleihen steigert. Oesterreich-Ungarn und Deutschland setzen sich auch auf finanziellem Gebiet in brillanter Weise.

Diese Gewissheit ist angesichts der Einschleppung des Krieges durch unsere Feinde von der größten Bedeutung für uns. Die Furcht vor dem Frieden, der sie als Betrüger vor ihren Vätern entlarven muß, treibt die Machthaber der Entente in immer neue kriegerische Abenteuer. Am Abgrunde entlang taumelnd, hoffen sie noch auf ein Wunder, das sie rettet. Die Mittelmächte können sich auf Besseres, Greifbares verlassen: auf ihre vortreffliche militärische Lage, ihre wirtschaftliche Stärke, ihre finanzielle Kraft, vor allem aber auf den tiefen sittlichen Ernst ihrer Staatsangehörigen, die durch die Ententenote an Wilson aufs neue darüber belehrt worden sind, daß ein Sieg der Feinde die Vernichtung oder Versklavung von uns allen bedeuten würde.

Solchem Ernst entspringt auch die Entschlossenheit, mit der Deutschland schon jetzt planmäßig die Vorbereitungen für eine neue Kriegsanleihe trifft, welche die sechste sein wird. Ein Gradmesser hierfür ist die Schatzscheinbegebung seitens der Reichsfinanzverwaltung. Sie letzte bereits bald nach der letzten Anleihe-Emission ein, zunächst in bescheidenem Umfange, gewissermaßen nur um die Fählung mit dem offenen Markte nicht zu verlieren; später geriet der Verkauf von Schatzwechseln in ein flotteres Tempo. Wo wir nunmehr stehen, darüber belehrt die letzten Reichsbankausweise, derjenige von Ende Dezember 1916 mit seinem Wechselbestand von 9,6 Milliarden Mark und der vom 6. Jänner mit einem solchen von 8,7 Milliarden. Dieser Posten, der beim Beginn der Einzahlungen auf unsere fünfte Kriegsanleihe, am 30. September v. J., 10,8 Milliarden betragen hatte, war Ende Oktober auf 7,9 Milliarden, Ende November auf 8 Milliarden Mark zurückgegangen. Er enthält natürlich nicht nur Schatzwechsel, indes lassen seine Schwankungen treffende Rückschlüsse auf die Schatzoperationen zu. Je mehr an Schatzwechseln an die Privatbanken abgegeben wird, desto mehr schwellen naturgemäß auch die Einreichungen dieser Institute an den Ultimoterminen an. Am meisten mußte das zum Jahreschluß hervortreten. Seitdem sehen wir eine Rückbildung, die wohl noch weitere Fortschritte machen dürfte. Den Privatbanken ist die Anlage ihrer flüssigen Mittel in Schatzscheinen des Reiches nur willkommen: sie verzinsen sich gut (mit etwa 4½ Prozent) und zeichnen sich durch denkbare Rentabilität aus. Mit nichts können sich die

Banken leichter, als durch Hingabe von solchen Titeln jederzeit Guthaben bei dem Zentralnoteninstitut schaffen. Auf der anderen Seite aber kann auch die Reichsbank gewiß sein, daß sie die private Bankwelt stets bereit findet, ihre Disponibilitäten in Schatzwechseln anzulegen. Die neue Kapitalanammlung, welche zwischen zwei Kriegsanleihen vor sich geht, wird so eigentlich fortlaufend in den Dienst der Kriegsfinanzierung gestellt, was zu einem guten Teile die Milliardenfolge der Kriegsanleihen erklärt.

Wie echt sie waren, geht schlagend daraus hervor, daß die letzte Kriegsanleihe schon jetzt, einen Monat vor dem Schlusstermin der Einzahlungen, beinahe voll gezahlt ist. Am 6. Jänner waren 93 Prozent der gezeichneten 10,7 Milliarden Mark voll bezahlt, und zwar aus eigener Kraft der Zeichner, denn nicht mehr als 2,37 Prozent der Einzahlungen sind leihweise bei den Darlehensstellen beschafft worden. Unser Spar- und Kapitalistenpublikum ist dergehalts bereits für die sechste Kriegsanleihe gerüstet, und diese Rüstung wird mit jeder Woche stärker werden.

Mittlerweile geht die Veranlagung zur Besitz- und Kriegsteuer vorwärts. Was sie ergeben wird, läßt sich nicht zuverlässig schätzen. Jedoch steht soviel fest, daß sie gemeinsam mit den anderen Kriegsabgaben nur einmal einen Teil dessen aufbringen wird, was die Verzinsung der Kriegsschulden für ein Jahr erfordert. Es ist deshalb verständlich, daß man sich gerade aus Anlaß der jetzigen Steuer, lebhafter mit der späteren Deckung der Kriegslasten beschäftigt. Da hat nun eine öffentliche Anleihe eines Reichstags-Abgeordneten nicht unbeträchtliche Ursache geführt. Er meint, daß eine ein-

malige Besitzabgabe vom Vermögen in Höhe von einem Drittel oder einem Viertel notwendig werden würde. Demgegenüber ist autoritativ festzustellen, daß die Regierung während des Krieges gar nicht an die Erhebung einer solchen Abgabe denkt. Und was nach dem Kriege nötig sein wird, das hängt doch vor allem vom Friedensschlusse ab. Ueberblickt man das, was die Mittelmächte und ihre Verbündeten bisher mit Waffengewalt erobert haben, so darf man wohl sagen, daß es sich um Besitz im Werte von hundert und mehr Milliarden Mark handelt. Nach den annahmenden „Friedensbedingungen“ der Entente haben die Mittelmächte nur um so mehr Anlaß, den wirtschaftlichen Wert dieser Plünder zu prüfen und darauf ihrerseits die Bedingungen aufzubauen, auf welchen sie bei den Friedensverhandlungen bestehen müssen. Ob die Feinde die Entschädigungen in bar oder in Land zu zahlen haben, ist erst eine in weiter Distanz stehende Frage. Für die spätere wirtschaftliche Betätigung und Stofkraft der Mittelmächte wird es von grundlegender Bedeutung sein, daß ihre Gewerbe und das Einkommen und Vermögen ihrer Staatsangehörigen nicht einer unerträglich hohen (direkten oder indirekten) Besteuerung unterworfen werden. Daraus ergeben sich leicht die Schlussfolgerungen.